

Ende der Russlandsanktionen

Darüber entschied der Europarat am 24.6.2019, das berichtete der ORF am 25.6.2019 in seinen Sendungen des Morgenjournals, <https://oe1.orf.at/player/20190625/556884>



Hier zu sehen auf Google Earth: Crimean Peninsula (Halbinsel Krim) liegt der Ukraine an, mit der russischen Region Krasnodar ist sie jetzt mit einer Brücke¹ über die Straße von Kertsch verbunden, siehe Bild auf Seite 2.

Die Krim wurde als Ergebnis im russisch-türkischen Krieg von 1774 bis 1783 Bestandteil Russlands, in der Zeit der Sowjetunion bestand das Land aus einer Reihe von Sowjetrepubliken: Der volle Name der Sowjetunion hatte "Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken", kurz UdSSR, gelautet, das Land bestand aus 15 solchen Sowjetrepubliken (abgekürzt SR) und aus 20 autonomen sozialistischen Sowjetrepubliken (abgekürzt ASSR), sowie aus einer Reihe von "autonomen Gebieten" für die kleineren Völkerschaften, es gab im Lande um die sechzig Völkerschaften, die zum Teil allerdings nur einige tausend Personen umfassten.

1954 entschied der damalige Machthaber, der Entstalinisierer Nikita Chruschtschow (1894-1971), die "Autonome Republik Krim" aus der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) auszugliedern und die Halbinsel an die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik (USSR) anzugliedern, weil die Krim von Russland aus nur übers Meer, von der Ukraine aus über Land erreichbar war, es ging also bloß um eine Vereinfachung der Erreichbarkeit im Transportwesen.



Als mit Hilfe Gorbatschows und Jelzins die Sowjetunion Ende der Achtzigerjahre in Konkurs ging, zerfiel das Reich und viele der einzelnen regionalen national gegliederten ehemaligen Sowjetrepubliken wurden zu unabhängigen Staaten. Stalin hatte seinerzeit die UdSSR nach seinem um die Jahreswende 1912/13 im Wiener Exil verfassten Text "Marxismus und nationale Frage" gegliedert, alle Völkerschaften erhielten ihre eigenen staatlichen Gebilde, die dortigen Medien erschienen in den Sprachen der jeweiligen Völker, der Schulunterricht erfolgte ebenfalls landessprachlich, russisch war allerdings für alle Nicht-russen als Zweitsprache zu erlernen. Aber die nationalen Traditionen blieben aufrecht und nach dem Ende der

¹ <https://de.wikipedia.org/wiki/Krim-Br%C3%BCcke>

Sowjetunion gab's dann eben Russland wieder und Weißrussland, Kirgisien, Armenien, Turkmenistan, Usbekistan, die baltischen Staaten usw.

Und klarerweise gab es dann auch die Ukraine als eigenen selbstständigen Staat. Die Zugehörigkeit der russisch bevölkerten Krim zur Ukraine wurde dadurch zum Problem, denn auch in Teilen der Ostukraine gab es eine russische Bevölkerungsmehrheit, die von den neuen ukrainischen Herrschern als feindselig angesehen wurde.

Es war daher nicht sehr überraschend, dass von russischer Seite 2014 der Verwaltungszustand von vor 1954 wieder hergestellt wurde, im Westen war das eine Annexion. Dabei hatte 1954 niemand die Bewohner der Krim gefragt, ob sie Teil der Ukraine sein wollten, aber 2014 sehr wohl und was war klar, die Bewohner der Krim wollten zu Russland gehören und nicht zur Ukraine.

Hier das Google-Earth-Bild der neuen Brücke von Kertsch nach Russland:



Hier der Sputnik-Bericht² über die Aufhebung der Russlandsanktionen im Europarat:

Jahrelang konnten russische Abgeordnete an den Abstimmungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarats nicht teilnehmen. Russland boykottierte daraufhin die Versammlung und stellte die Zahlungen an den Europarat ein. Nun wurde das Stimmrecht zurückgegeben.

Russland erhält nach fünfjähriger Unterbrechung sein Stimmrecht in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (PACE) zurück. Das Gremium verabschiedete bei einer Sitzung eine entsprechende Resolution. Der Text wurde in der Nacht zum Dienstag mit einer klaren Mehrheit von 118 zu 62 Stimmen angenommen. Zehn Abgeordnete enthielten sich.

In der Resolution ist festgelegt, dass die Rechte der Mitgliedsländer, in den Gremien abzustimmen, zu sprechen und repräsentiert zu sein, nicht einfach entzogen oder ausgesetzt werden können. Russland muss nun im nächsten Schritt eine Delegation anmelden, die von der Versammlung bestätigt werden muss.

Der Abstimmung vorausgegangen war eine kontroverse Debatte. Ukrainische Abgeordnete stellten über 200 Änderungsanträge, die jedoch alle abgelehnt wurden. Hierdurch zog sich die Sitzung bis in den frühen Dienstagmorgen.

Als Reaktion auf die Wiedervereinigung der Krim mit Russland, die im Westen in der Regel als vermeintliche "Annexion" dargestellt wird, hatte die Parlamentarische Versammlung Russland vor fünf Jahren das Stimm- und andere Rechte aberkannt. Moskau hatte auf die als diskriminierend kritisierte Entscheidung mit einem Boykott der Versammlung reagiert und keine Delegation mehr entsendet. Im Jahr 2017 stellte Russland außerdem die Bei-

² <https://de.sputniknews.com/politik/20190625325308489-russland-zurueck-in-der-pace/>

tragszahlungen an den Europarat ein. Für die Jahre 2017 und 2018 stehen Zahlungen von knapp 55 Millionen Euro aus.

Die Rückgabe des Stimmrechts an die russischen Abgeordneten ist Aufhebung einer jener ersten Sanktionen, die internationale Organisationen nach dem Jahr 2014 gegen Russland verhängt hatten. Ausschlaggebend für die Rückkehr Russlands war die Initiative Deutschlands und Frankreich, wohingegen sich die Ukraine vehement dagegen ausgesprochen hatte.

Russlands Außenminister Sergej Lawrow erklärte am Montag in Moskau:

Ich hoffe, dass die Krise, die von einer russophob eingestellten Minderheit provoziert wurde, im Europarat endgültig überwunden wird - auf Grundlage der Rückkehr zu den Satzungsprinzipien dieser Organisation.

Der Europarat mit Sitz im französischen Straßburg ist die größte Staatenorganisation auf dem europäischen Kontinent. Gegründet vor 70 Jahren, versammelt sie 47 Mitgliedsstaaten. Gemeinsam mit dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) setzt sich der Europarat unter anderem für die Einhaltung der Menschenrechte von rund 830 Millionen Bürgern in den Mitgliedsländern ein.

RT schrieb darüber so: Russland erhält Stimmrecht in Parlamentarischer Versammlung des Europarats zurück

Jahrelang konnten russische Abgeordnete an den Abstimmungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarats nicht teilnehmen. Russland boykottierte daraufhin die Versammlung und stellte die Zahlungen an den Europarat ein. Nun wurde das Stimmrecht zurückgegeben.

Russland erhält nach fünfjähriger Unterbrechung sein Stimmrecht in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (PACE) zurück. Das Gremium verabschiedete bei einer Sitzung eine entsprechende Resolution. Der Text wurde in der Nacht zum Dienstag mit einer klaren Mehrheit von 118 zu 62 Stimmen angenommen. Zehn Abgeordnete enthielten sich.

Mehr lesen: Frankreich fordert Europarat auf, Erhaltung von Russlands Mitgliedschaft zu unterstützen

In der Resolution ist festgelegt, dass die Rechte der Mitgliedsländer, in den Gremien abzustimmen, zu sprechen und repräsentiert zu sein, nicht einfach entzogen oder ausgesetzt werden können. Russland muss nun im nächsten Schritt eine Delegation anmelden, die von der Versammlung bestätigt werden muss.

Der Abstimmung vorausgegangen war eine kontroverse Debatte. Ukrainische Abgeordnete stellten über 200 Änderungsanträge, die jedoch alle abgelehnt wurden. Hierdurch zog sich die Sitzung bis in den frühen Dienstagmorgen.

Als Reaktion auf die Wiedervereinigung der Krim mit Russland, die im Westen in der Regel als vermeintliche "Annexion" dargestellt wird, hatte die Parlamentarische Versammlung Russland vor fünf Jahren das Stimm- und andere Rechte aberkannt. Moskau hatte auf die als diskriminierend kritisierte Entscheidung mit einem Boykott der Versammlung reagiert und keine Delegation mehr entsendet. Im Jahr 2017 stellte Russland außerdem die Beitragszahlungen an den Europarat ein. Für die Jahre 2017 und 2018 stehen Zahlungen von knapp 55 Millionen Euro aus.

Die Rückgabe des Stimmrechts an die russischen Abgeordneten ist Aufhebung einer jener ersten Sanktionen, die internationale Organisationen nach dem Jahr 2014 gegen Russland verhängt hatten. Ausschlaggebend für die Rückkehr Russlands war die Initiative Deutschlands und Frankreich, wohingegen sich die Ukraine vehement dagegen ausgesprochen hatte.

Russlands Außenminister Sergej Lawrow erklärte am Montag in Moskau: Ich hoffe, dass die Krise, die von einer russophob eingestellten Minderheit provoziert wurde, im Europarat endgültig überwunden wird – auf Grundlage der Rückkehr zu den Satzungsprinzipien dieser Organisation.

Der Europarat mit Sitz im französischen Straßburg ist die größte Staatenorganisation auf dem europäischen Kontinent. Gegründet vor 70 Jahren, versammelt sie 47 Mitgliedsstaaten. Gemeinsam mit dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) setzt sich der Europarat unter anderem für die Einhaltung der Menschenrechte von rund 830 Millionen Bürgern in den Mitgliedsländern ein.

Warum hat der Europarat diese Entscheidung getroffen?

Das war den internationalen Medien nicht so recht zu entnehmen. Es wurde angeführt, dass der Europarat ohne den Finanzbeitrag Russlands nicht weitergeführt werden könnte. Der russische Vertreter Tolstoj bewertete die Sanktionen gegen Russland als "unbegründet und sinnlos", die Europäer hätten dadurch vier Jahre verloren. Was wohl eine Rolle gespielt haben wird, weil es die Jahre her immer wieder hieß, die Sanktionen schaden den Sanktionierern mehr als dem sanktionierten Russland.